

"Ein Schritt auf dem Wege zur europäischen Einheit" in Luxemburger Wort (10. Mai 1950)

Legende: Am 10. Mai 1950 befasst sich die Luxemburger Tageszeitung Luxemburger Wort mit den Motiven des französischen Außenministers Robert Schuman, der am Tag zuvor der Öffentlichkeit sein Vorhaben einer europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft vorgestellt hatte.

Quelle: Luxemburger Wort. Für Freiheit und Recht. 10.05.1950, n° 130; 103e année. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"ein_schritt_auf_dem_wege_zur_europaischen_einheit"_in_luxemburger_wort_10_mai_1950-de-112294e7-48cc-41d5-af97-c8e24a76a081.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 14/09/2012

Ein Schritt auf dem Wege zur europäischen Einheit

Vorschlag auf Zusammenschluss der französisch-deutschen Kohlen- und Stahlproduktion mit späterem Beitritt anderer Länder

Paris, 10. Mai. Der französische Außenminister Robert Schuman gab gestern einen Vorschlag der französischen Regierung bekannt, gemäß welchem die gesamte deutsch-französische Kohle- und Stahlproduktion unter gemeinsame Verwaltung gestellt werden soll in einer Organisation, die allen europäischen Staaten offenstehen würde. Die Zusammenfassung der Kohlen- und Stahlproduktion Lothringens, des Saargebietes und des Ruhrgebietes werde die Bestimmung dieser Gebiete ändern, die bisher nur der Herstellung von Waffen dienten. Der französische Beschluß, der gestern auf einer Kabinettsitzung gefaßt wurde, erfolgte kurz nach den Besprechungen Schumans mit dem amerikanischen Außenminister Dean Acheson.

Schuman sagte, daß andere westeuropäische Länder, vornehmlich Belgien, Holland, L u x e m b u r g , Italien und England, aufgefordert werden würden, sich einer „gemeinsamen hohen Verwaltung“ anzuschließen und ihre Kohlen- und Stahl-Industrie der Kontrolle dieser Verwaltung zu unterstellen.

„Der Weltfriede kann nicht ohne aufbauende Bemühungen gesichert werden,“ sagte Schuman, „die in ihrem Umfang den Gefahren entsprechen, die ihn bedrohen.“ Die Zusammenlegung der Kohlen- und Stahlproduktion werde „unmittelbar den Aufbau gemeinsamer Grundlagen für eine wirtschaftliche Entwicklung sichern“.

Frankreich hat erst vor zwei Monaten ein Abkommen mit der Saarregierung über die Ausbeutung der Saargruben durch Frankreich für die Dauer von 50 Jahren abgeschlossen. Die Kohlenproduktion des Saargebietes wird gegenwärtig auf 15 Millionen Tonnen jährlich geschätzt.

Das deutsche Ruhrgebiet steht bereits unter der internationalen Kontrolle der alliierten Besatzungsbehörden. Der neue französische Plan beabsichtigt anscheinend die Eingliederung der Ruhrbehörde in die vorgeschlagene „gemeinsame Hohe Verwaltung.“

Die Bildung einer „mächtigen Produktionseinheit“ werde den wirklichen Grundstein zu einer Wirtschaftseinheit aller Nationen legen, die sich beteiligen wollen, sagte Schuman. Die erhöhte Produktion und verbesserte Qualität, die sich aus einer solchen Zusammenlegung ergeben würde, werde der ganzen Welt ohne Unterschied oder Ausnahme angeboten werden, um zur Hebung des Lebensstandards und zur Entwicklung der Friedensarbeit beizutragen.

„Der weitreichende Umfang des französischen Planes ist aus dem Vorschlag ersichtlich, daß die Verhandlungen sich auch auf die Lebensbedingungen der Arbeiter in der Kohlen- und Stahlindustrie miterstrecken sollten.“

Um dieses und andere Ziele, wie Produktionserhöhung, Qualitätsverbesserung und Angleichung der Preise, zu erreichen, müßten gewisse Uebergangsregelungen getroffen werden, zu denen die Durchführung eines Produktions- und Investierungsplans, die Einrichtung einer Preisangleichungs-Organisation und die Aufstellung eines Konvertierungsfonds zur Rationalisierung der Produktion gehören.“

Wie Schuman weiter erklärte, würden die Zölle für Kohle und Stahl abgeschafft werden.

Wenn der Plan angenommen werden sollte, würde die Frage der verstaatlichten Industrien in Frankreich eins der zu lösenden Probleme sein. Die französischen Kohlengruben befinden sich zum Beispiel in Staatsbesitz, während die Stahlwerke Privatbesitz sind.

Schuman hob auf eine Anfrage hervor, daß der Plan „jedem europäischen Land in Ost und West offenstehe.“ Als ein Journalist bemerkte, daß auch „Rußland in Europa liegt“, antwortete Schuman: „Gewiß“.

In Beantwortung einer Frage sagte Schuman, daß die Stellung Westdeutschlands notwendigerweise durch ein gemeinsames Abkommen der drei Besatzungsmächte festgelegt werden müsse, da die Bundesrepublik selbst nicht über ihre eigenen Außenhandelsvereinbarungen entscheiden dürfe.

Wie Schuman weiter erklärte, ist der amerikanische Außenminister Acheson von dem Vorschlag der französischen Regierung bisher nicht unterrichtet worden, da das Kabinett diesen erst nach der Abreise Achesons gebilligt habe.

Er fügte hinzu, daß dieser Punkt nicht auf der Tagesordnung der Londoner Konferenz stehe, daß er aber unter Umständen zur Sprache kommen werde.

Nach inoffiziellen Schätzungen betrug die Kohlenproduktion Frankreichs und des Saargebietes im letzten Jahr insgesamt 65 Millionen Tonnen gegenüber einer Produktion von 103 Millionen Tonnen in Westdeutschland.

Die Stahlproduktion in Frankreich und im Saargebiet belief sich auf Grund dieser Schätzung im letzten Jahr auf insgesamt 10,8 Millionen Tonnen gegenüber 9,1 Millionen Tonnen in Westdeutschland. Die westdeutsche Produktion blieb damit um 2 Millionen Tonnen unter der auf Grund des Dreimächteabkommens zugebilligten Quote.